

RADARSTRAHLUNG



Zu Risiken und Nebenwirkungen
lesen Sie das Kleingedruckte oder
fragen Sie Bundeswehr und Regierung.

Radartechnologie in der Bundeswehr.

- Die Bundeswehr setzt seit den 1950er Jahren Radartechnologie in Luftwaffe, Marine und Heer ein. Aufgrund von Personalmangel wurden nicht nur freiwillig dienende, sondern auch Grundwehrdienst leistende Soldaten im Radardienst eingesetzt.
- Insbesondere bei unzureichender Abschirmung besteht ein hohes Strahlenrisiko mit einer erheblichen Gesundheitsgefährdung für die beteiligten Soldaten.
- Die Bundeswehr war bereits sehr frühzeitig über die Gesundheitsrisiken für die Soldaten informiert.
- Dennoch wurde bis Mitte der 1970er, zum Teil sogar bis in die 1980er Jahre, der Radardienst ohne geeignete Schutzmaßnahmen angeordnet und die Gefährdung der Soldaten auch weiterhin verschwiegen. Die betroffenen Soldaten leiden seither an den strahleninduzierten Folgeschäden. Viele der Radaropfer sind bereits verstorben.
- Das Verteidigungsministerium spielt auf Zeit: Trotz öffentlicher Zusage einer schnellen und unbürokratischen Wiedergutmachung im Jahr 2001 sind bis heute nur etwa 750 von ca. 3.700 Anträgen auf Beschädigtenversorgung anerkannt worden. Alle Anträge auf Entschädigung/Schmerzensgeld sind bisher ausnahmslos abgelehnt worden.
- Denn die Bundesregierung bürdet den Radaropfern die Beweislast auf und verschleppt die Gerichtsverfahren zu deren Anerkennung und Entschädigung. Als letztes Mittel wird die Einrede der Verjährung erhoben.

Wir fordern ein sofortiges Handeln der Bundesregierung!

**>> Sagen Sie NEIN zur Verzögerungstaktik
des Verteidigungsministeriums. Helfen
Sie den Opfern mit Ihrer Unterschrift! <<**

Die gesammelten Unterschriften werden dem Bundesverteidigungsminister im Rahmen einer Pressekonferenz übergeben. So verhelfen Sie den Radaropfern zu ihrem Recht und den längst überfälligen Entschädigungszahlungen. Die Radaropfer brauchen Ihre Unterstützung – bevor es zu spät ist.

Jede Unterschrift zählt!

Einfach die Antwortkarte unten ausdrucken, abtrennen, ausfüllen und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag absenden an:

Bund zur Unterstützung Radargeschädigter e. V.
Kollwitzstraße 15 · 63322 Rödermark

✂ Hier abtrennen, ausfüllen und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag absenden.

JA, ich unterstütze die Forderung nach sofortiger Entschädigung für die Radaropfer der Bundeswehr und NVA.

Voraussetzung für eine gültige Unterschriften-Aktionskarte ist eine vollständig ausgefüllte und unterschriebene Aktionskarte.

Mitmachen kann jeder.

Unterschrift (ohne nicht gültig)

Absender

Vorname

Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

E-Mail *

* freiwillige Angaben

Telefonnummer *

* freiwillige Angaben

Ausdrucken, ausfüllen und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag absenden an:
Bund zur Unterstützung Radargeschädigter e. V., Kollwitzstraße 15, 63322 Rödermark

Datenschutzerklärung:

Personenbezogene Daten sind persönliche Einzelangaben zu einer bestimmten oder bestimmaren natürlichen Person. Darunter fallen Informationen wie z. B. Ihr Name, Ihre Anschrift, Ihre Telefonnummer und Ihre E-Mail-Adresse. Diese Angaben werden von Ihnen, im Rahmen dieser Unterschriftenaktion, freiwillig gemacht. Ihre Angaben werden von uns nicht erfasst. Die von Ihnen zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten verwenden wir ausschließlich zum Zweck dieser Unterschriftenaktion und werden in dieser Form als Antwortkarte in einer Pressekonferenz dem Bundesverteidigungsminister oder dem Bundesverteidigungsministerium übergeben. Eine weitere Weitergabe, Verkauf oder sonstige Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nicht. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des BDSG werden beachtet.

ENTSCHÄDIGUNG

**für die Radaropfer
der Bundeswehr und NVA.**

JETZT!